

nicht aus wie eine Verschärfung der Resolution Bebel; in Wirklichkeit aber ist er eine Schwächung. Es heißt in der Resolution Bebel: Normaler Weizen wird das Budget abgelehnt. Wenn nun nichts dahinter kommt, dann ist für „nicht normale“ Fälle Thür und Thor geöffnet. Wenn es aber ausdrücklich heißt: Nur ausnahmsweise aus zwingenden Gründen, dann wird die Erlaubnis, das Budget anzunehmen, abgeschwächt und der Protest gegen die Budgetbewilligung verschärft. Wir werden jetzt, hoffe ich, zu einer Annahme der Resolution Bebel kommen. Wenn aber nun doch noch in irgend welchen Bezirken Meinungsverschiedenheiten über die Budgetannahme auftauchen, so hoffe ich, daß die Genossen endlich gelernt haben werden, sachliche Dinge sachlich zu verhandeln und ihnen nicht immer und immer wieder eine persönliche Spitze zu geben. (Bravol)

#### Die Seemannsordnung.

**Müller-Hamburg:** Ich habe als Führer der seemannischen Organisation gegenüber den unbegründeten Angriffen der Rhetor und ihrer Presse auf unsere Reichstagsfraktion eine Erklärung abzugeben. Die Rhetor behaupten, daß die Fraktion bei der Revision der Seemannsordnung weitgehende Anträge stellte, um mit ihrer Ablehnung Hausiren gehen und Unfrieden in der seemannischen Bevölkerung stiften zu können. Ich erkläre, daß die Fraktion bisher im vollen Einvernehmen mit der organisierten seemannischen Bevölkerung gehandelt hat. Ja, ihr Auftreten geht uns noch nicht weit genug.

Die Debatte ist geschlossen; die Abstimmung beginnt.

Die Resolution Luxemburg (94) ist zurückgezogen, das Amendement Baudert (118) nicht genügend unterstützt. Der Antrag Singer's auf Streichung des letzten Satzes der Resolution Bebel (110) wird abgelehnt und die Resolution Bebel (110) in allen ihren Theilen angenommen.

Schluß 8 1/2 Uhr.

### Sechster Verhandlungstag.

Donnerabend, den 28. September. — Vormittags-Sitzung.

9 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Schwarz.

**Singer** schlägt vor, im Laufe der ersten zwei Stunden die Vorschläge zur Wahl der neuen Parteileitung beim Bureau einzureichen. Die Liste würde dann Vormittags gedruckt und verteilt werden, damit die Mandatsprüfungskommission Nachmittags die Stimmzettel abnehmen und das Resultat feststellen könne. Auch den Ort des nächsten Parteitagess würde es sich empfehlen, mit auf die Liste zu setzen.

**Pfanus** theilt im Anschluß hieran mit, daß unter den Orten, die sich um die Abhaltung des nächsten Parteitagess bewarben, auch Bremen sei. Der Antrag sei rechtzeitig eingereicht und nur durch ein Versehen nicht in die Vorlage aufgenommen.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 4 der Tagesordnung: **Zolltarif und Handelsverträge.** Als Berichterstatter erhält das Wort:

**Bebel:** In Rücksicht auf die weit vorgeschrittene Zeit werde ich mir Beschränkungen auferlegen. Ich kann das um so mehr, als Neues nicht viel zu sagen ist und der Gegenstand in der nächsten Zeit noch viel erörtert werden wird. Für die neuen Handelsvertrags-Verhandlungen ist ein neuer Generaltarif aufgestellt worden, der zwar noch der englischen Feststellung bedarf, dessen ausstehende Anträge aber kaum eine wesentliche Änderung bezw. Herabänderung

erfahren. Es besteht sogar die Gefahr für das Gegentheil. Seit mehr als zwei Jahrzehnten hat die agrarische Agitation eingesetzt und seit 1894 durch ihre Organisation im Bunde der Landwirthe und den süddeutschen Bauernbänden einen inneren Einfluß auf die Reichsregierung und die Regierungen der Einzelstaaten erlangt. Andererseits haben die Forderungen der großindustriellen Interessenvertretungen auf größeren Schutz Beachtung gefunden. Das Zusammenarbeiten dieser beiden Schichten der Bevölkerung hat das ermöglicht. Bei der Festsetzung des jetzt geltenden Zolltarifs von 1879 bot das Foyer des Reichstags das Bild einer Börse, einer Stelle, an der Handelsgeschäfte gemacht wurden. Aber damals wagte Fürst Bismarck nur einen Zoll von 50 Pfg. für Roggen einzubringen, der in der dritten Lesung des Entwurfs durch den Reichstag mit 173 gegen 101 Stimmen auf 1 Mk. erhöht wurde, und erklärte Den, der 3 Mk. Zoll verlangen würde, für verrückt. Nun, dieser Grad von Verrücktheit wurde sehr bald erreicht. Die agrarische Strömung wurde immer stärker; 1885 wurde der Roggen- und Weizenzoll auf 3 Mk., 1887 sogar auf 5 Mk. erhöht. Erst 1892 wurde aus Anlaß der Handelsverträge der Getreidezoll wieder von 5 auf 3 Mk. ermäßigt. Wenn aber damals noch der Führer des Zentrums, Peter Reichensperger, die Aufrechterhaltung eines Roggenzolls von 5 Mk. für unmöglich erklärte, so hat kürzlich der sicherlich sehr gemäßigte Zentrumsführer Dr. Spahn einen Zoll von 6 Mk. für angemessen erklärt. Das Zentrum ist nicht nur gezwungen, in sozialpolitischen Fragen einen Eiertanz aufzuführen, sondern hat auch auf seine ländlichen Wähler Rücksicht zu nehmen unter dem Druck des Bundes der Landwirthe. Auf der anderen Seite fordert ein Theil der Großindustriellen ebenfalls einen erhöhten Schutzzoll. Zweifellos aber beweist gerade der großartige industrielle Aufschwung Deutschlands, daß die Industrie nicht nur keines höheren Schutzzolls bedarf, sondern daß eher eine Ermäßigung der Zölle eintreten muß. Die Großindustriellen wollen einen erhöhten Schutzzoll, um mit seiner Hilfe den deutschen Markt möglichst gegen konkurrierende Industrieerzeugnisse des Auslands abzuschließen und vermöge der Syndikate und Trusts eine Preisbildung auf dem deutschen Markt zu erzeugen, die ihnen so riesige Profite in die Tasche fließen läßt, daß sie auf der anderen Seite die deutschen Produkte zu Schleuderpreisen ins Ausland werfen können.

Wir haben das ja in den letzten Jahren nach den verschiedensten Richtungen erlebt; durch den Schutzzoll auf Eisenbahnschienen ist es gelungen, den Preis für den deutschen Bedarf auf eine ganz exorbitante Höhe zu bringen, auf 120 bis 130 Mk. die Tonne, während das Ausland nur 80 bis 90 Mk. zu zahlen hat. Ähnlich ist es ja mit dem Zucker u. s. w. Die Agrarier behaupten nun, bei Abschluß der Handelsverträge 1892 seien sie von den Industriellen über's Ohr gehauen worden; um das für diesmal zu verbiten, haben sie einen Minimaltarif gefordert und zu allgemeiner Ueberraschung hat das Reichskammet des Innern diesem Verlangen nachgegeben. So ist denn in dem neuen Tarif ein Minimaltarif von 5 Mark für Roggen und von 5,50 Mk. für Weizen zu Stande gekommen; d. h. unter diese Sätze sollen die betreffenden Zölle in den Handelsverträgen nicht heruntergesetzt werden können. Man beruft sich hierbei auf den Vorgang Frankreichs; dieses war aber genöthigt, unter seinem Minimaltarif KonzeSSIONen zu machen, da es sonst einen Handelsvertrag mit einzelnen Staaten nicht zu Stande bekommen hätte.

Wie einmal die Verhältnisse in Deutschland liegen, für das Ausland der Hauptlieferant an Roggen ist, steht fest, daß die russische Regierung unter keinen Umständen auf die erhöhten Zollsätze eingehen wird. Wenn es aber nachgeben sollte, weil es sich sagt, es ist gleich, wie ihr den Zolltag bemerkt, unseren Roggen müßt ihr haben, so würde es auf jeden Fall die KonzeSSIONen, die es unseren Industrieerzeugnissen gegenüber gemacht hat, zurückziehen. Also auf jeden Fall tritt eine Schädigung ein. Auch die anderen Staaten werden eine ähnliche

Stellung wie Rußland einnehmen. In Oesterreich-Ungarn, Italien etc. erhebt sich die allerenergischste Opposition gegen die exorbitante Erhöhung der Zollsätze auf Agrarprodukte. Die Getreidezölle sind gewissermaßen das Rückgrat des Zolltarifentwurfs. Die übrigen agrarischen und industriellen Zölle gliedern sich in entsprechender Weise an. Entsprechend der Erhöhung der Getreidezölle ist bei allen übrigen landwirthschaftlichen Erzeugnissen eine starke Steigerung der Zollsätze im Entwurf des neuen Zolltarifs vorgehen. Künftig soll der allgemeine Tarif für Weizen 6,50 Mt., der Minimaltarif 5,50 Mt., der für Roggen 6 bezw. 5 Mt. betragen. Für Vieh sollen die Zölle enorm gesteigert werden, für Stiere und Kühe soll er von 9 auf 25 Mt. pro Stück, für Schweine von 5 auf 10 Mt. steigen u. s. w. Für Gänse, die bisher völlig frei waren, soll in Zukunft der Zoll 10 Pfg. pro Stück betragen. Für aus Nord- und Ostdeutsche ist es eine bekannte Thatsache, daß unsere Hausfrauen mit Sehnsucht der Herbstzeit entgegensehen, in der sie Gänsefleisch kaufen können, weil infolge der Gestaltung des Fleischmarktes in den letzten Jahren das Gänsefleisch noch das billigste ist. (Sehr richtig!) Infolgedessen ist der Konsum von Gänsefleisch in den Städten von Nord-, Ost- und Mitteldeutschland ein kolossaler. Nehmen wir an, daß die marktfähig gewordenen Gänse durchschnittlich 7—8 Pfund wiegen, so bedeutet der Zoll von 10 Pfg. eine Vertheuerung um 10—12 Pfg. pro Pfund. Man muß bei all diesen Zollsätzen festhalten, daß es bei der bloßen Erhöhung der Preise durch den Zoll nicht bleibt; der Kaufmann, der mit einem bestimmten Umsatz in den verzollten Artikeln zu rechnen hat, sagt sich: Dadurch, daß die Zölle feststehen sind und mein Kapitalaufwand sich gesteigert hat, muß ich eine entsprechende Verzinsung des Kapitals und eine entsprechende Erhöhung des Gewinnes haben. Es kann ja sein, daß der Zollsatz für gewisse Artikel so exorbitant ist, daß der Händler das nicht kann, weil sonst der Konsum zu sehr zurückgehen würde, er würde dann, wo es angeht, geringere Qualitäten liefern; aber die Wahrscheinlichkeit dieser Vertheuerung über den Zollsatz hinaus ist vorhanden. Ebenso ist es mit der Vertheuerung aller anderen Agrarprodukte, z. B. für Butter, Eier, Käse. Solange also unsere Vertragsstaaten nicht für die Einfuhr von Roggen und Weizen in Frage kommen, können sie für andere Agrarprodukte in Frage und hierfür besonders Oesterreich-Ungarn. Dieses wird sich auf das Entschiedenste gegen solche Zollserhöhungen sträuben und die dortigen agrarischen Interessenten werden ihre Regierung zwingen, einen Handelsvertrag mit Deutschland dann nur unter Bedingungen abzuschließen, durch die Deutschland auf anderem Gebiete, insbesondere auf industriellem, geschädigt wird. Für Italien kommen insbesondere die Eier- und die Weinezölle in Frage, ferner der Zoll für Geflügel und seine Hüttenerzeugnisse. Die Schweiz ist mit der Ausfuhr von Käse und Butter auf das stärkste interessiert. Wird der neue Tarifentwurf Gesetz, so wird dreierlei eintreten: eine sehr erhebliche Vertheuerung der notwendigen Lebensmittel, eine Schädigung der Arbeiterklasse durch die schwere Schädigung der Exportindustrie und eine politische Isolierung Deutschlands. Ich verweise für Letzteres auf die Weisungen Rudinis, der neulich erklärte, daß ohne einen für Italien angemessenen Handelsvertrag im Jahre 1892 der Dreibund in die Brüche gegangen wäre. (Hört! Hört!) Der Dreibund wird durch eine solche Zollpolitik erschüttert. Werden die Dreibundstaaten in ihren wirthschaftlichen Verhältnissen durch unzulässige Handelsverträge schwer geschädigt, dann erkalten auch die politischen Beziehungen. Die Agrarier thun nun freilich so, als könnten sie auch mit den vorgeschlagenen Erhöhungen noch nicht auskommen. Sie verlangen noch höhere Getreidezölle, noch höhere Viehzölle. Auch die agrarischen Produkte, die bisher mit Zöllen nicht belegt waren, weil sie höchstens einige Meilen weit transportiert werden können, da sie sonst verderben, bei denen also eine Konkurrenz des Auslandes ausgeschlossen ist, sollen mit hohen Zöllen belegt werden. So soll ein Milchzoll mit 5 Mt. per Doppelcentner und ein Rahmzoll mit 12 Mt. per Doppel-

zentner eingeführt werden, während diese Zölle im Tarifentwurf der Regierung nicht vorgezogen sind. Obst, Kartoffeln u. s. w. sollen entweder mit bedeutenden Zöllen neu belegt oder die bestehenden Zölle erheblich erhöht werden. Man kommt zu diesen schamlosen, exorbitanten Forderungen, um auf alle Fälle den gegenwärtigen Tarifentwurf durchzusetzen. Diese Taktik ist durchsichtig; ich bin überzeugt, sie werden schließlich für den gegenwärtig vorgelegten Tarif stimmen. Ihr Vorgehen beweist aber, was erst zu erwarten ist, wenn die Agrarier in noch höherem Maße als bisher die Macht bekommen haben werden.

Die Agrarier begründen ihre Forderungen damit, daß sie behaupten, unter der Herrschaft der gegenwärtigen Handelsverträge habe sich die Lage der Landwirtschaft bis zur Existenzunmöglichkeit verschlechtert. Den Beweis dafür sind sie schuldig geblieben. Die Zahl der Substantionen auf ländliche Grundstücke hat in den letzten Jahren nicht zu-, sondern abgenommen, (Sehr richtig!) Die Bodenpreise sind fast überall, mit Ausnahme ganz verloreener Gegenden, gesunken, es ist also, wenn nicht eine Verbesserung, zum mindesten keine Verschlechterung der Agrarverhältnisse eingetreten. Ich behaupte aber, es ist eine Verbesserung eingetreten; einmal durch die Schutz Zoll-Gesetzgebung an sich, und zweitens durch die agrarische Unterstützung, die der Landwirtschaft in den letzten Jahren in einer Weise zu Theil geworden ist, wie keiner anderen Klasse der Bevölkerung. (Sehr richtig!) Man spricht so viel von der Hilfe, die die Arbeiterklasse durch die Sozialreform erfahren hat; wie wir darüber denken, brauche ich nicht zu sagen. Aber zweifellos übersteigt das, was der Landwirtschaft namentlich in Preußen zugewiesen ist an materiellen Vortheilen, weit das, was den Arbeitern zugewiesen wurde. (Sehr wahr!) So ist z. B. die Grundsteuer erlassen, es sind dem Lande große Zuschüsse zu den Volksschulasten in weit höherem Maße als den Städten zugewiesen, es sind Zuschüsse für Schulneubauten, Zuschüsse für Lehrer und Lehrerinnen auf dem Lande, Pensionszuschüsse für Lehrer und Lehrerinnen auf dem Lande gewährt, das Eisenbahngesetz in den verlorenen Provinzen ist in ganz bedeutendem Maße erweitert worden. Die Prachtarife der landwirthschaftlichen Produkte, insbesondere für Dünger, sind ermäßigt, sehr bedeutende materielle Hilfsleistungen für Meliorationen sind eingetreten, es ist die Central-Genossenschaftskasse mit einem Staatskredit von 50 Millionen gegründet, das landwirthschaftliche Bildungswesen ist nach allen Richtungen gefördert worden. Es ist ferner bestimmt worden, daß, soweit die Staatsbehörden Lebensmittel einzukaufen haben, sie möglichst den Handel umgehen und direkt bei den landwirthschaftlichen Genossenschaften und Großgrundbesitzern einkaufen sollen, um diesen den Vortheil zuzuwenden. Es sind ganz gewaltige Summen, die flüssig gemacht worden sind für die Agrarier. In Sachsen hat das ländliche Genossenschaftswesen einen Staatskredit von 5 Millionen und eine Menge sonstiger Vergünstigungen erhalten, in einem Lande, in dem die landwirthschaftliche Bevölkerung nur 15 pCt. beträgt, und in dem die Arbeiter-Konsumvereine durch Umsatzsteuern aufs härteste getroffen werden. (Sehr richtig!)

Dazu kommt, was das Reich für die Agrarier gethan hat. Hier stoßen wir auf eine lange Reihe von den Agrariern günstigen Maßnahmen: Die Branntwein- und Zuckereibesgabe, das Margarine- und das Fleischhangegesetz, die Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide, die Beschränkung der Zolldreite für Getreidemühlen, die Aufhebung einer Reihe Transzillager. Kurz, es sind Maßregeln der einschneidendsten Art, die auf die materielle Lage der Landwirtschaft fördernd gewirkt haben, so daß es eine der denkbar unverschämtesten Behauptungen ist, die Lage der Landwirtschaft habe sich verschlechtert und zwar in solchem Grade, daß, wenn Handelsverträge auf derselben Basis abgeschlossen werden sollten wie bisher, die Landwirtschaft notwendig dem Ruin entgegengehe.

Unsere Gegner werfen der Sozialdemokratie vor, daß sie vielfach über-treibe. Marx hat bereits in der Vorrede zum „Kapital“ darauf hingewiesen,

daß eine genaue Untersuchung der Lage der deutschen Arbeiter den Beweis erbringen würde, daß die Lage derselben in weitem Maße unter der englischen stehe. (Sehr richtig!) Die Untersuchungen der Kommission für Arbeiterkaffee haben, so sehr man ihre Thätigkeit eingeschränkt hat, ergeben, daß in allen Berufen, in denen Ermittlungen stattgefunden haben, unsere Angaben sich noch als zu rosig herausgestellt haben. Aber eine unparteiische Untersuchung der Lage der Landwirtschaft würde ergeben, daß die Agrarier unterschätzt übertrieben. Keine Agitation ist so demagogisch, aufreizend, übertreibend, wie die der Agrarier. Das kann gar nicht bestritten werden. (Beifall.) Dazu kommen die erheblichen Vortheile, die durch Assoziationen und Trusts erzielt worden sind, durch den Zuderring, den Spiritusring, das ländliche Genossenschaftswesen. Ein Gebiet nach dem andern wird in den nächsten Jahren von der Ringbildung erobert werden. Alle die kleinen Vortheile, die die Konsumvereine für die Arbeiterbevölkerung erreichten, werden aufgehoben durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften und die damit verbundene Ringbildung. (Sehr richtig!) Ich habe nichts gegen die Genossenschaften. Aber wenn sich die Agrarier mit ihrer ganzen wirtschaftlichen Macht auf dieses Gebiet werfen, dann werden wir Dinge erleben, Parteigenossen, daß uns die Augen übergehen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Milchring zeigt erst den Anfang dessen, was kommt, und dieser Milchring hat die maßlose Unverschämtheit besessen, einen Kuruf an die Landwirthe mit den Worten zu schließen: Gott wird uns weiter helfen! (Hört! hört!) Wenn jemals von Leuten, die auf ihren Glauben sich berufen, eine schamlose Blasphemie begangen worden ist, dann ist es diese. (Lebhafte Zustimmung.) Ich kann mir nichts Niederrächtigeres denken, als wenn diese Leute sich auf Gott berufen, wenn sie das arme Volk noch mehr auszubeuten beabsichtigen. (Lebhafte Zustimmung.) Etwas Unverschämteres, Schamloseres, Niederrächtigeres ist mir wirklich noch nicht vorgekommen. Aber diese Berufung auf ihren Gott zeigt uns deutlich, wozu diese Leute die Religion gebrauchen, wozu sie ihnen dienen soll. (Lebhafte Beifall.)

Aber nicht nur die Arbeiterklasse, auch der Mittelstand wird diese agrarische Agitation zu kosten bekommen. Hat der Löwe einmal Blut geleckt, dann verlangt er nach mehr. Man wird nicht nur den Milchhandel, sondern auch den Butter- und Käsehandel zu monopolisieren trachten. (Sehr richtig!) Man wird Genossenschaftsmühlen, -Wädereien und -Fleischereien gründen. Das ist alles schön, aber diese genossenschaftlichen Organisationen werden nicht etwa dazu dienen, dem Volke billigere Lebensmittel zu verschaffen, nein, sie werden die Lebensmittel weit über die Wirkung der Zölle hinaus verteuern. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn die Agrarier von Ihrer Nothlage sprechen, dann muß man sich doch auch einmal ihren äußeren Habitus ansehen. Gehen Sie einmal in eine Volkerversammlung bei Keller und sehen Sie sich darnach einmal die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe bei Busch an. Dort meistens schmale und ausgehungerte Gestalten, hier Leute, von denen keiner unter 200 Pfund wiegt! (Große Heiterkeit.) Ich habe mir die Gesellschaft beim Ausgange aus dem Julius Busch daraufhin einmal angesehen. Sie stroyen von Gesundheit, und jeder von ihnen nimmt es an Kraft mit zwei, drei Proletariern auf. (Große Heiterkeit.) Der mächtige Einfluß der Agrarier wäre unmöglich, wenn sie nicht begünstigt würden durch die Wahlgesetze bei den Landtagswahlen, durch ihren sozialen Einfluß und durch die Unterstützung der Regierung bei den Reichstagswahlen. Wir werden durch die agrarische Gefahr aufs Aeußerste bedroht. Doch giebt es die Möglichkeit, daß wir vor dem Aeußersten bewahrt bleiben, wenn Alle, die antigrarische Interessen haben, ihre Schuldigkeit thun.

Wie die extreme Schutzpolitik wirkt, sehen wir in Nordamerika. Es ist kennzeichnend, daß Mc Kinley, der Hauptrepräsentant der Schutzpolitik, vor

Tagen vor seinem Tode erklärte, die Schutzpolitik sei in Amerika nicht mehr nötig, die Industrie habe eine solche Entwicklung erlangt, daß man die Schutzpolitik aufgeben könne. Das war gewissermaßen das Testament Mc Kinleys; der Schutzöllnerische Staat der Welt ist durch die Schutzpolitik überflüssig und muß jetzt seinem Expansionsbedürfnis Rechnung tragen, indem er mit andern Staaten günstige Handelsvertragsverhältnisse sucht. Wir sind in ganz ähnlicher Lage. Unsere Industrie kann ohne Massenabzug nach Außen nicht mehr existiren. Und die gegenwärtige Krise mit ihrer Einschränkung der Konsumfähigkeit der Bevölkerung und dem größeren Bedürfnis nach Absatz für die Produktion macht Handelsverträge jetzt noch notwendiger als sonst. Wohl in Folge der hereingebrochenen Krise nimmt unsere Großindustrie jetzt eine andere Stellung ein als noch vor einem Jahre, sie erklärt sich jetzt scharf gegen den Doppeltarif für Getreide, weil dieser das Zustandekommen von Handelsverträgen gefährdet.

Über nicht nur die Großindustriellen, sondern auch die Arbeiter brauchen Handelsverträge. Vor einigen Wochen ging durch die Presse die Nachricht, daß der preussische Handelsminister, der „Lange Moller“, wie man ihn scherzweise nennt, in einer Rede ausgeführt habe, die deutsche Industrie könne ohne mächtigen Export nicht leben, denn sie ernähre 10 Millionen Arbeiter — das ist nicht richtig, ich bin auch überzeugt, er hat das nicht gesagt, dazu kennt er die Verhältnisse zu genau. Wir haben überhaupt keine 10 Millionen Industriearbeiter, sondern nur circa 8 Millionen. Aber zweifellos ist, daß 2—2½ Millionen Industriearbeiter von der Ausfuhr leben und daß, wenn diese in der gegenwärtigen Krise auch noch durch eine verkehrte Handelspolitik zum Theil arbeitslos gemacht werden, während der andere Theil infolge der Konkurrenz ihrer eigenen Kollegen, die doch leben wollen und sich deshalb zu niedrigeren Löhnen anbieten, aufs schwerste gefährdet wird, für den inneren Markt in der nächsten Zeit die Absatzverhältnisse so ungünstig wie nur möglich werden. (Sehr wahr!) Und wir brauchen nicht blos Handelsverträge, wir brauchen auch langfristige Handelsverträge. Kein Unternehmer, kein Kaufmann kann seine geschäftlichen Dispositionen treffen, wenn er der Gefahr ausgesetzt ist, daß nach zwei, drei Jahren die Handelspolitik eine andere wird, und alle seine Erfolge in Frage gestellt werden. Insofern sind hier zweifellos die Interessen der Unternehmer und Arbeiter in gewisser Beziehung solidarisch. Wir brauchen langfristige Handelsverträge sowohl mit Rücksicht auf die soziale Lage der Arbeiter, als auch insbesondere, weil sonst die agrarische Agitation kein Ende nimmt, sondern immer und immer wieder von neuem die ganze Agitation darauf gerichtet werden wird, auch höhere Lebensmittelpreise zu erlangen. Darunter aber leidet das gesammte wirtschaftliche Leben im höchsten Grade und die arbeitenden Klassen am meisten. (Sehr richtig!)

Von diesen Gesichtspunkten aus, deren Richtigkeit gar nicht bestritten werden kann, die jeder Staatsmann als selbstverständlich anerkennen muß, ist es geradezu unbegreiflich, wie der jetzt uns vorliegende Tarifentwurf überhaupt hat gemacht werden können. „Die Zukunft Deutschlands liegt auf dem Wasser!“ Das ist ein Ausspruch, der von keinem Sozialdemokraten stammt. (Sehr gut!) Dieser Ausspruch besagt aber, wir haben den freien Verkehr mit fremden Völkern, der durch das Meer gefördert wird, nötig, weil wir sonst als große industrielle Nation auf die Dauer nicht existiren können. Wenn aber diese Ansicht in den höchsten Stellen, und zwar in einem Maße, wie ich sie nicht theile, vorhanden ist, — denn so steht es nicht, daß von der See- oder Wasserherrschaft die Zukunft Deutschlands zu erwarten ist — aber wenn man diese Ansicht hat, und wenn ich der Mann wäre, der sie hätte und die nötige Macht besäße, wüßte Ihr, Parteigenossen, was ich thäte? Ich würde die Verfasser dieses Tarifentwurfs mit einem Fußtritt zur Thür hinauswerfen. (Große Heiterkeit und sehr gut!) Denn das Ansehen Deutschlands, die Interessen Deutschlands,

die inneren wie die äußeren, werden dadurch in geradezu unerhörter Weise bloßgestellt, vergewaltigt. (Sehr wahr.) Ich behaupte, daß wir in den ganzen dreißig Jahren seit Gründung des Reiches noch niemals einen geschlechterischen Akt vor uns gehabt haben, der in solchem Maße alle Klassen der Gesellschaft, alle Interessensrichtungen so gegeneinander aufbringt und aufregt wie dieser Entwurf. (Sehr richtig.) Es ist eine Fülle von Aufregung, Haß und Erbitterung in weiten Kreisen des Volkes durch den Entwurf entstanden, und man kann wohl sagen, wenn es die Absicht war, von Grund aus die Grundlagen des Reiches zu erschüttern, dann hat es dieser Entwurf fertig gebracht, nicht allein nach innen, sondern auch nach außen. (Lebhafte Zustimmung.)

Lesen Sie einmal die ausländischen Zeitungen, wie einmütig man über Deutschlands Pläne urtheilt und sie verurtheilt. Mit England haben wir einen Handelsverkehr von 1600 Millionen jährlich. In England ist seit Jahren — wie das made in Germany beweist — die Erregung in industriellen Kreisen gegen die deutsche Konkurrenz sehr groß. Kommt nur dazu eine abermalige Zollserhöhung auf Industrie-Erzeugnisse bei uns, dann muß die schützöllnerische Strömung in England einflußreicher werden, und erlangt sie die Macht in der Gesetzgebung, dann ist das ein Schlag für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, wie er schwerer nicht gedacht werden kann. Freuen thut sich nur Frankreich über unseren Zolltarif, denn es hofft, unter der Herrschaft desselben den von uns ihm abgenommenen Markt, speziell in Italien und der Schweiz, wieder zu gewinnen.

Diese Politik, die künftig maßgebend sein soll, die die schwersten Schädigungen für die Arbeiterklasse bringt, dann aber auch für den größeren Theil unserer Bevölkerung überhaupt, der ja bekanntlich von Handel, Industrie und Gewerbe und nicht von der Landwirtschaft lebt, steht in dem schneidendsten Widerspruch zu unserer See- und Weltpolitik, unserer Flotten- und Kolonialpolitik, zu unserer Chinapolitik, deren eigentlicher Zweck doch war, China unserem Handel zu erschließen. Und während wir diesen Heißzug gegen China unternehmen, um China zu erschließen, errichten wir eine chinesische Mauer um uns und werden selbst zu Chinesen. (Heiterkeit und Beifall.) Die Zoll- und Handelspolitik beruht auf Gegenseitigkeit der Staaten, die ein Vertragsverhältnis eingehen. Gewiß, niemals kann es eine Zoll- und Handelspolitik geben, die nicht für irgend eine Schicht der Bevölkerung ungunstig ist; das muß man in den Kauf nehmen. Worauf es aber ankommt, ist, daß die ungeheueren Mehrheiten der Nation Vortheil von dieser Handelspolitik hat. In dem blinden Eifer, Alles mit Zöllen zu belegen, um Jedem das Glüd ins Haus zu bringen, übersah man, daß man Vielen Zöllen brachte, die sich jetzt davor bedanken. Aus allen Branchen kommen jetzt die Kundgebungen gegen diesen Tarif, weil auch viele Unternehmer schwer geschädigt werden würden, so die Wäder, Fleischer, Galzwirthe, die Möbel- und Pianofortefabrikanten, die Gold- und Bijouteriewaaren-Industrie, die Gerber, die keramische Industrie, die Baumwollen-Industrie, die Solinger Exportindustrie, die Konfektion, die Stubenmaler u. s. w. Das Zentrum wird mit seiner Mittelstandspolitik sein blaues Wunder erleben. Herr Bachem hat schon gesagt, der Zolltarif wird als Sprengpulver wirken, und er wird recht haben. Das Zentrum wird mit seiner spiegelverkehrten Politik in die Brüche gehen, denn die idealen Interesser haben ausgespielt, es kommen nur noch die nackten materiellen Interessen in Frage. (Sehr richtig.)

Geschädigt werden also in erster Linie die Arbeiter werden, und zwar sehr. Die Konjunkturartikel werden vertheuert, die Löhne für Millionen auf's Aeußerste herabgedrückt und Hunderttausende finden infolge der Krise überhaupt keine Arbeit mehr. Wo soll das hinaus und wie soll das enden? Wie aber der Staat, der bekanntlich die Musterbetriebe schaffen wollte, während er an eine ganz ungeheureliche Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel durch erhöhte Zölle denkt, zugleich die Kräfte für die Lohnrückerei ausnützt und

damit den Privatunternehmern das schlechteste Beispiel giebt (sehr richtig), das beweist der Uelag des Ministers v. Thielen, der seine Begörden ausdrücklich anweist, dem in Folge der Krise entstehenden Ueberangebot der Arbeiter durch Gerabsetzung der Löhne Rechnung zu tragen; wenn das der Vater Staat thut, werden die Industriellen natürlich nicht zurückbleiben. Das Kapital wird in letzter Linie nicht geschädigt. Wenn die Großindustrie unter den künftigen Handelsverträgen nicht prosperirt, dann wandert das Kapital aus und gründet im Auslande Konkurrenzfabriken. Das ist schon früher so gemacht worden: So hat sich z. B. die deutsche Textilindustrie und die Pianofortefabrikation in Rußland-Polen angehebelt. Deutsche Werkführer sind hübergenommen worden und haben die fremden Arbeiter dressirt. Kommt der neue Zolltarif zu Stande, so wird sich dieses Schauspiel in viel größerem Maßstab wiederholen. Die Arbeiter haben aber den Schaden davon, und nicht zuletzt auch die betreffende Industrie, deren Ausführmöglichkeit durch die mit deutschem Kapital gegründeten Konkurrenzfabriken unterbunden wird. (Sehr richtig.)

Die gewaltige Zunahme unseres Handelsverkehrs in den Jahren von 1894—1901 zeigt den Nutzen der Handelsverträge: die Einfuhr ist um rund 1500 Millionen, die Ausfuhr ebenfalls um rund 1500 Millionen Mark gewachsen, zusammen also um die gewaltige Summe von 3000 Millionen Mark. Ich kann mich bei der weit vorgeschrittenen Zeit nicht mehr auf Einzelheiten einlassen. Soviel steht fest: es kann keinem Zweifel unterliegen, welche Stellung wir dieser ganzen Sachlage gegenüber einnehmen müssen. Alle unsere Kräfte müssen aufgeboten werden für die Agitation gegen die neue Tarifvorlage. Wir müssen die Aufklärung, aber auch die Aufregung, ja, ich scheue mich nicht, dies Wort auszusprechen, die Aufhebung in die Masse tragen. (Großer Beifall.) Wie ins entfernteste Dorf, bis in die letzte Familie muß die Agitation getragen werden, um diesem ungeheuerlichen Aitentat gegen die große Mehrheit des deutschen Volkes zu begegnen! (Lebhafte Zustimmung.) Ganz besonders aber müssen wir es uns zur Aufgabe machen, die uns noch fernstehenden Arbeiter, insbesondere die christlichen Arbeiter, die Anhänger des Zentrums aufzuklären über den Entwurf und die Haltung des Zentrums diesem gegenüber. (Sehr richtig.) Nicht allein wird jede einzelne Familie aufs härteste getroffen, und je zahlreicher sie ist, um so stärker, auch für das Reich, die Einzelstaaten, die Kommunen entstehen sehr erhebliche Mehrausgaben. So für Militär und Marine, für Kranken- und Siechenanstalten, Zerrnhäuser, Arbeitshäuser, Gefangenen-Anstalten u. s. w.

Die Fromme der Geschichte aber will, daß es gerade das christliche Zentrum ist, das den Brod- und Lebensmittellouher ein gros betreibt. Diese Partei steht auf dem Boden des neuen Testaments, dieses aber verbietet den Brodwucher als schwerste Sünde. Wenn Christus einst die Jöllner und Bucherer aus dem Tempel jagte, er würde, käme er heute wieder, in erster Linie das Zentrum aus dem Tempel jagen. (Stürmischer Beifall.)

Thun wir unsere Pflicht. Unsere Stimmen fallen ins Gewicht. Wenn wir alle unsere Schuldigkeit thun, dann hoffe ich, daß es uns gelingt, dieses schamlose Aitentat auf das Wohl des arbeitenden Volkes unmöglich zu machen. (Lebhafte Beifall und Gängelklatschen.)

Miesel-Berlin beantragt, von einer Diskussion abzusehen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Resolution Debel (121) gelangt hierauf zur einmütigen Annahme.

Nimmehr folgt zur Verhandlung Punkt 5 der Tagesordnung: Walfetter, bezu die Resolution 95 vorklegt.

Der Bericht erstattet

Mengel-Berlin: Nachdem uns verschiedene Angelegenheiten sehr lange beschäftigt haben, werde ich mich bemühen, diese Angelegenheit nicht allzu lange